**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 66 (1987)
**Heft:** 10

**Vorwort:** Im Oktober wird gewählt : eben doch eine Hoffnungswahl
**Autor:** Daguet, André

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Im Oktober wird gewählt: Eben doch eine Hoffnungswahl

*Von André Daguet, Leitender Zentralsekretär SPS*

In wenigen Tagen ist eidgenössischer Wahltag. Niemand wagt so recht einzuschätzen, was dabei herauskommt. Für die einen ist es eine Hoffnungswahl, für die anderen bleibt alles beim alten.
In einem sind sich alle einig: Politiker und Politik verlieren an öffentlichem Vertrauen. Immer weniger glauben daran, dass das Parlament in Bern noch einmal in der Lage sein wird, lebenswichtige politische Fragen mit Erfolg zu lösen. Die Folge davon: Rückzug aus der Öffentlichkeit, zunehmende Stimm- und Wahlabstinenz. So gesehen besteht wenig Chance, dass der 18. Oktober zur Hoffnungswahl wird.

## *Bürgerblock in der Defensive*

Der politische Vertrauensverlust trifft am meisten diejenigen Parteien, die am stärksten in die Institutionen unseres politischen Systems eingezwängt sind, vorab die Bundesratsparteien. Mit Recht. Viele Parteien kämpfen in diesen Tagen um die Erhaltung ihres Machtanteils. Sie sind in der Defensive.
Auch wir sind Bundesratspartei, nicht immer glücklich mit unserer eigenen Rolle: nur allzu oft haben wir für die Bürgerlichen Steigbügelhalter der Nation gespielt. Auch wir kämpfen um unseren bisherigen Wähleranteil und um unsere Sitze in Bern. Allerdings nicht aus der Defensive. Wir könnten dies schon gar nicht. Denn nur zu oft sind wir in der Vergangenheit an der bürgerlichen Mehrheitsfront gescheitert, an ihrer Verhinderungspolitik, ihrer Verschleppungstaktik und ihren Nullösungen. Ein Blick zurück macht dies klar: 12 Jahre für ein Umweltschutzgesetz, 15 Jahre für ein gescheitertes Konsumkreditgesetz, 16 Jahre Warten auf ein Datenschutzgesetz (das noch nicht in Sicht ist!), eine 10. AHV-Revision, die seit langem blockiert wird und zu allem erst noch nichts kosten soll!

## *Wir haben gar keine andere Wahl*

Unser politischer Anspruch für die kommenden vier Jahre kann nicht ein Anspruch aus der Defensive sein, sondern ist ein Stück politische Hoffnung:
Mit der Umweltpolitik kann es so nicht mehr weitergehen, wenn wir überleben wollen. Und der Ausstieg aus dem Atomstaat muss jetzt beginnen, wenn es nicht zu spät sein soll.
Und auch in der Sozialpolitik muss einiges in Bewegung geraten: in der Krankenversicherung, bei der beruflichen Vorsorge und bei der AHV.
Wer solche politische Akzente setzt, kann nicht auf Vergangenheit bauen. Das müssen wir den Bürgerlichen überlassen. Sie wären froh, wenn alles so bleibt, wie gehabt. So könnten sie weiterregieren wie bisher, solange sie noch etwas zu regieren haben.
Das liegt für uns nicht drin: Die SP muss ihre Hoffnung vielmehr darauf setzen, dass am 18. Oktober einiges ins Rollen kommt. Eine soziale-grüne Stärkung braucht nicht nur das Parlament, das gibt uns auch Gewicht in der Regierungspolitik und gegenüber der Verwaltung.

## *Wir haben es in der Hand*

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen müssen zwangsläufig auf eine neue Karte setzen. Eine Voraussetzung haben wir immerhin geschafft, um Neues zu erreichen: auf den SP-Listen kandidieren im Landesdurchschnitt 40% Frauen. Noch nie dagewesen in unserer Partei. Grund zur Freude? Ja, aber erst wenn nach dem 18. Oktober tatsächlich einige SP-Frauen mehr in der SP-Fraktion sitzen.

Ob dies kommt oder nicht, hängt für einmal nicht von den bürgerlichen Wählern ab, da müssen wir schon selber dafür sorgen. Mit anderen Worten: ein Stück politische Hoffnung haben wir selber in der Hand.
Also doch eine kleine Chance, dass die Wahlen vom 18. Oktober zur Hoffnungswahl werden. Nutzen wir sie!